

Matthias Jena
Vorsitzender des DGB Bayern



Wir sind viele. Wir sind eins.

Rede am 01. Mai 2017 in Passau

	Seite
Rente	2
handlungsfähiger Staat	5
paritätische Finanzierung der Krankenversicherung	6
Digitalisierung der Arbeit / Arbeit 4.0	6
Mitbestimmung	7
Tarifbindung (Beispiel Knorr-Bremse)	8
aktuelle Tarifrunden	10
Engagement gegen Rassismus	11
Einheitsgewerkschaft	12

Sperrfrist: Beginn der Rede um 10.00 Uhr

Anrede,

Wie wird das sein, in gar nicht mal so ferner Zukunft? Sagen wir, in 13 Jahren, 2030, das ist gar nicht mehr so weit weg. Es treffen sich zufällig zwei Freundinnen auf der Straße vor einem Café. *„Kommst du mit auf einen Kaffee und ein Stück Kuchen?“ fragt die eine. „Nein, ich kann nicht. Ich kann es mir nicht leisten und ich habe keine Zeit!“ „Warum hast du keine Zeit? Du bist doch in Rente.“*

„Leider eben deshalb. Ich muss dazu verdienen. Neben dem Putzjob am Abend stricke ich jetzt noch in Heimarbeit. Irgendwie muss ich es schaffen, meine Rente aufzubessern!“

Wie hört sich das an, dieser Blick nach vorne?

Realistisch oder gruselig?

Beides.

Realistisch, weil wir wissen, dass das Rentenniveau weiter sinken wird und Fälle wie die der beiden Rentnerinnen zunehmen werden, wenn nicht endlich gegengesteuert wird. Nach Berechnungen des WDR droht ab 2030 fast jedem zweiten Neurentner eine Rente auf Hartz-IV-Niveau.

Und gruselig! Altersarmut wird zum Massenphänomen. Rentnerinnen und Rentner werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Grausam, wenn es am Ende des Arbeitslebens nicht mal mehr für die alltäglichsten Dinge reicht.

Wenn die Krankenschwester, der Postbote, die Einzelhandelskauffrau oder der Koch nach langem Arbeitsleben nur noch eine Rente unterhalb des Sozialhilfeniveaus bekommt, dann stimmt etwas mit unserem Rentensystem nicht.

Wenn die einen trotz lebenslanger harter Arbeit im Alter eine Rente zu erwarten haben, die zum Leben nicht ausreicht, während andere ein Barvermögen haben, das sich in ganz Deutschland auf inzwischen 5,7 Billionen Euro summiert, dann stimmt etwas nicht im sozialen Gefüge unseres Landes.

Ob alt oder jung, ob Niedrigverdiener oder einigermaßen gut abgesichert – egal: Die gesetzliche Rente muss Schutz bieten vor sozialem Abstieg und Armut im Alter.

Die Verhinderung von Armut nach dem Erwerbsleben ist eine der zentralen sozialstaatlichen Aufgaben. Die gesetzliche Rente wurde uns nicht geschenkt. Sie wurde hart erstritten. Sie ist politisch umkämpft - immer noch, immer wieder.

Die Arbeitgeberverbände und ihre Büchsenspanner schießen aus allen Rohren.

Allen voran die arbeitgeberfinanzierte „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, die immer so neutral daherkommt, aber billigste Propaganda macht.

Propaganda für geringere Beiträge zur Rentenversicherung.

Propaganda für längere Arbeitszeiten und späteren Rentenbeginn.

Propaganda für eine private Altersvorsorge - klar, da machen sich die Arbeitgeber einen schlanken Fuß. Die Riesterrente ist krachend gescheitert. Viele, allzu viele können es sich eben nicht leisten zusätzlich privat vorzusorgen. Es ist ganz schlicht: Man kann einem Nackten nicht in die Taschen greifen - das wusste schon meine Oma.

Vergessen wir nicht: Das alles ist die neoliberale Sicht auf die Welt. In dieser Welt herrscht die Denke: wenn jeder an sich selber denkt, ist an alle gedacht. In dieser Welt kommt es darauf an, die Arbeitgeber zu entlasten und die Beschäftigten zu belasten.

Damit das auf Dauer funktioniert, gehen Lobbygruppen in die Schulen und versuchen, bereits Kindern die private Altersvorsorge schmackhaft zu machen.

Begründet wird das immer der Demografie. Aber das ist ein Ammenmärchen.

Ginge es - wie immer behauptet - vor allem um das Verhältnis zwischen Jungen und Alten, wäre Indien ein Rentenparadies. Diese schlichte Denke ist aber grober Unfug.

Entscheidend ist, wie sich die Produktivität entwickelt, wer sich die Produktivitätsfortschritte aneignet, wofür sie ausgegeben werden. Für immer mehr Geld in den Taschen von einigen wenigen oder für die wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben zum Wohle aller.

Für uns gilt jetzt und erst recht in Zukunft:

Nach einem langen Erwerbsleben muss es einen wohlverdienten Ruhestand geben.

Die Rente muss reichen für ein Leben in Würde!

Deswegen fordern wir auch und gerade jetzt im Jahr der Bundestagswahl einen Kurswechsel!

Weil wir hier in Passau sind, fällt ein Blick in das Nachbarland Österreich besonders leicht. Dort ist auch nicht das Paradies ausgebrochen, auch dort kämpfen die Kolleginnen und Kollegen gegen Rentenkürzung. Aber es zeigt sich: Ein solidarisches Rentenmodell ist möglich. Eines, in das alle einzahlen. Und eines, das eine anständige Rente garantiert.

Das Rentenniveau in Bayern ist eine Schande ist für dieses reiche Land.

Im Freistaat bekommen Männer die jetzt in Rente gehen, durchschnittlich gerade mal 1.049 Euro, Frauen sogar nur 616 Euro Rente.

Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Auch für junge Menschen ist ein stabiles gesetzliches Rentenniveau und Sicherheit im Alter existentiell.

Wir müssen endlich alle einbeziehen in die gesetzliche Rentenversicherung. Sie muss auch für Selbständige gelten.

Wir fordern eine Stärkung der Betriebsrenten - nicht als Ersatz - sondern als sinnvolle Ergänzung der gesetzlichen Rente.

Eine Anhebung des Rentenniveaus – wie es die Gewerkschaften fordern - ist die eine Seite der Medaille. Tarifbindung, anständige Löhne, unbefristete Beschäftigung das ist die andere Seite. Befristungen, schlecht bezahlte Leiharbeit, Niedriglöhne von heute sind die niedrigen Renten morgen.

Wir machen Rente und Arbeitsbedingungen zum zentralen Thema im Bundestagswahlkampf.

Um es an dieser Stelle klar und deutlich zu sagen: Wer immer einen Zusammenhang zwischen Niedrigrenten und Flüchtlingen herstellt, ist nicht nur ein intellektueller Tiefflieger, sondern ein Brandstifter allererster Güte.

Das ist so ähnlich wie der Zusammenhang zwischen der Anzahl der Störche und der Geburtenrate.

Wer hier einen Zusammenhang konstruiert ist ein Märchenerzähler. Wer den zwischen Flucht und Rente erfindet, wird bayerischer Finanzminister.

Damit es gerechter zugeht in unserem Land, muss nicht nur die Rentenversicherung gestärkt werden, auch der Staat muss wieder handlungsfähiger werden.

Überall fehlt es am Geld: Marode Brücken, löchrige Straßen, geschlossene Schwimmbäder und Bibliotheken, kaputte Schulen, Personalmangel in den Behörden – das sind die Folgen von Privatisierung, Spardiktat und falscher Steuerpolitik.

Wir sind viele, wir sind eins – das bedeutet auch: Alle tragen Verantwortung dafür, dass Bund, Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden ihre Aufgaben wirksam zu erfüllen.

Wir brauchen Investitionen in Bildung, innere Sicherheit und Wohnungsbau.

In Bayern fehlen ca. 50.000 Sozialwohnungen. Die Staatsregierung will jedes Jahr den Bau von 1.500 Wohnungen fördern – da kann man leicht ausrechnen, wie lange das dauert!

Seit Jahren gibt es in den Krankenhäusern und Kliniken zu wenig Personal. Allein in Bayern fehlen mindestens 21.000 Stellen.

Jeden Tag kommt es auf Grund des Personalmangels zu dramatischen Situationen. Das ist gefährlich für Patientinnen und Patienten, aber auch für die Beschäftigten.

Es geht um die Würde des Menschen. Der Menschen, die in den Krankenhäusern arbeiten, und die Würde der Menschen, die im Krankenhaus behandelt und betreut werden.

Kranke Menschen sind keine kaputten Maschinen, Krankenhäuser sind keine Fabriken. Markt und Wettbewerb werden es im Gesundheitsbereich nicht richten.

Wir brauchen gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung in den Krankenhäusern und in der Pflege.

Den Geldigen ist das wurscht, die leisten sich im Zweifelsfall eine eigene Pflegerin. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten - die Erkenntnis ist alt, aber immer noch richtig.

Für die Arbeitgeber sind die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung seit Jahren eingefroren, während die Zusatzbeiträge für die Beschäftigten unablässig steigen. Das ist eine skandalöse soziale Ungerechtigkeit!

Aus, Ende, vorbei! Es ist höchste Zeit: Wir müssen in der GKV zurück zur paritätischen Finanzierung.

Es muss Schluss sein damit, dass sich die Arbeitgeber vom Acker machen! Wir brauchen die Parität, jetzt!

===

Manchmal ist es ja schon beeindruckend oder beängstigend, je nachdem, wie Arbeitgeber und deren Verbände auf neue Fragen die immer gleichen alten Antworten haben.

Mit leuchtenden Augen schauen viele auf die Zukunft der Arbeit. Auf Digitalisierung und Arbeit 4.0. Da kommen neue Herausforderungen auf uns zu, wie eigentlich immer bei Veränderung der Arbeits- und Produktionsweise.

Die Beschäftigten arbeiten flexibler und noch mehr mit moderner Technologie – weg mit dem Arbeitszeitgesetz sagt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeber.

Das ist alter Wein in neuen Schläuchen.

Das hat der „Reichsverband der deutschen Industrie“ schon 1925 gefordert.

Damals wie heute gilt. Was für die Arbeitgeber Hemmnisse in der Kapitalverwertung sind, das sind in Wirklichkeit Schutzrechte vor Ausbeutung.

Immer mehr Beschäftigte werden in Leiharbeit gedrängt - weg mit der Höchstüberlassungsdauer, fordern die Arbeitgeber.

Immer mehr Menschen müssen schauen, dass sie als Solo-Selbständige Aufträge bekommen - da braucht es keinen Mindestlohn sagen die deutschen Arbeitgeber.

Das ist keine Arbeit 4.0, das ist Lohndumping 4.0. Das ist kein Fortschritt, das ist der Rückfall ins Mittelalter.

Wir wollen die Arbeitswelt human gestalten, egal ob analog oder digital. Dafür brauchen wir starke und unmittelbare Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und mehr, viel mehr Mitbestimmung.

Arbeitszeit, Gesundheits- und Arbeitsschutz, Gleichstellung und Datenschutz überall müssen Betriebs- und Personalräte garantierte Mitbestimmungsrechte haben.

Und viel mehr Mitbestimmung bei Qualifizierung und Weiterbildung.

Wenn es stimmt - und daran besteht ja wohl kein Zweifel - dass sich durch die Digitalisierung die Arbeitswelt noch schneller ändert. Wenn es stimmt, dass in Schule, Ausbildung oder Hochschule erworbenes Wissen in den allermeisten Bereichen noch schneller veraltet, dann brauchen wir endlich ein vernünftiges Weiterbildungsgesetz - auch in Bayern.

Und deshalb sei der Bayerischen Staatsregierung ins Stammbuch geschrieben: Kungeln Sie nicht weiter mit den Arbeitgebern und blockieren Sie nicht weiter Arm in Arm mit vbw, IHK und HWK ein bayerisches Weiterbildungsgesetz. Wir brauchen endlich auch in Bayern ein Recht auf Bildungsurlaub und Weiterbildung.

Ja, die Digitalisierung eröffnet auch neue Wege hin zu mehr Zeitsouveränität, einem selbstbestimmteren Leben, einem bessern Ausgleich von Familie und Beruf.

Aber Vorsicht: Die Arbeitgeber wollen etwas völlig anderes. Was die „Flexibilisierung“ nennen, meint schlicht und einfach: Die Beschäftigte sollen rund um die Uhr zur Verfügung stehen, wann immer es den Kapitalisten gerade passt. Nicht mit uns!

Bei der Gestaltung der Arbeit der Zukunft ist Mitbestimmung ganz besonders wichtig.

180.000 Betriebsräte und 220.000 Personalräte setzen sich Tag für Tag in Deutschland für gute Arbeit in den Betrieben und Verwaltungen ein.

Das sind die Helden der Mitbestimmung und der Demokratie in den Betrieben. Und doch erleben wir seit Jahren, wie die Schikanen zunehmen. Immer mehr Arbeitgeber behindern Betriebsratsarbeit oder verhindern Betriebsratswahlen.

Anwaltskanzleien werben damit, Unternehmen zu „betriebsratsfreien Zonen“ zu machen.

Die Behinderung von Betriebs- und Personalräten, die Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen, widerspricht dem Artikel 9 Absatz 3 unseres Grundgesetzes.

Diese permanenten Verstöße gegen die Verfassung müssen endlich entsprechend bestraft werden.

Betriebliche Demokratie ist ein Grundpfeiler des sozialen Friedens und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir wollen eine Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes. Wir brauchen mehr Schutz und schärfere Sanktionen. Wer dagegen verstößt, darf nicht mit Strafen davonkommen, die aus der Portokasse zu bezahlen sind.

Anrede,

Der italienische Dichter Dante Alighieri wusste schon im Mittelalter:

„Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt.“

Ihr alle, wir alle haben angepackt und packen weiter an, handeln für eine gerechtere, eine bessere Zukunft.

Ein Mosaikstein ist der gesetzliche Mindestlohn. Er verhilft Millionen Menschen zu höherem Einkommen und einem etwas besserem Leben.

Dennoch, zurücklehnen können wir uns nicht, auch dort nicht, wo wir vermeintlich sichere Tarifverträge haben. Denn auch die sind nicht für alle Ewigkeit gültig.

Tagtäglich begehen Arbeitgeber Tariffucht. Die Tarifbindung sinkt. Immer weniger Beschäftigte sind abgesichert.

Die bayerischen Arbeitgeber waren die Vorreiter. Mit fatalen Folgen. In Bayern arbeiten nur noch 53% der Beschäftigten in einem Betrieb mit Tarifvertrag.

Millionen Beschäftigte sind ohne Tarifvertrag. Sie leben in einem permanenten Zustand von Angst und Verunsicherung.

Diese Entwicklung, die nun schon seit Jahren andauert, ist ein gesellschaftlicher Skandal, der auf viel zu wenig Empörung stößt.

Die Tarifbindung ist eine zentrale Größe unserer sozialen Marktwirtschaft. Je höher die Tarifbindung, desto sozialer ist die Marktwirtschaft. So einfach ist das.

Als Gewerkschafter werden wir es nicht zulassen, dass sich die Arbeitgeber ihren Manchester-Kapitalismus zurückholen.

Diese Tariffucht muss aufhören. Tarifverträge sind auf Punkt und Komma anzuwenden.

Tarifverträge und Tarifbindung sind Schutz gegen Verelendung und Armut. Wer dieses Modell aufkündigt, legt die Lunte an die Grundwerte unserer Demokratie.

Wie z.B. bei der Knorr-Bremse in ein paar Kilometer von hier in Aldersbach. Eigentümer ist der Multimilliardär Heinz-Hermann Thiele. Einer der zehn Reichsten in Deutschland und den hundert Reichsten weltweit - alles in die eigene Tasche geschaufelt zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen.

Bei Knorr-Bremse arbeiten die Beschäftigten 42 Stunden die Woche. Sieben Stunden mehr als im IG Metall-Tarif.

Jedem Einzelnen klaut das Unternehmen sieben Stunden Lebenszeit jede Woche ohne zu bezahlen.

Bei insgesamt 5.000 Beschäftigten sind das 35.000 Stunden pro Woche. Das ist Steinzeitkapitalismus und das funktioniert, weil Thiele und sein Konzern aus der Tarifbindung ausgestiegen sind. Die Wertschöpfung steckt sich Thiele in die eigene Tasche.

Mit den Gewinnen geht der Konzern auf Shopping-Tour. Er kauft Unternehmen wie andere Spielzeugautos. Die Beschäftigte setzt der Konzern unter Druck und droht. Friss oder stirb. Das ist Politik nach Gutsherrenart. Das ist Steinzeitkapitalismus vom Feinsten. Das werden wir nicht hinnehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wer Arbeitnehmerrechte beschneidet, der zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das werden wir gemeinsam mit allen Mitteln bekämpfen. Wir stehen für ein solidarisches Miteinander. Wir stehen für sozialen Frieden. Wer den aufkündigt, der wird unseren entschiedenen Widerstand spüren.

Wenn sich immer mehr bayerische Arbeitgeber der Tarifbindung entziehen, muss endlich die Staatsregierung Druck machen. Gute Arbeit und faire Löhne sind wichtiger als immer noch mehr Gewinnmaximierung!

Wir wollen, dass Tarifbindung auch bei Betriebsübergang und Ausgliederung kollektiv weiter gilt.

Nicht tarifgebundenen Betrieben muss es schwerer gemacht werden, mit Dumpinglöhnen Schmutzkonzurrenz zu betreiben. Wir wollen Tarifverträge für alle!

Und wir fordern, dass sich endlich auch der Freistaat Bayern bei öffentlichen Aufträgen an die Tarifverträge hält. Es kann nicht sein, dass der Staat bei der Vergabe seiner Aufträge zum Vorreiter des Lohndumpings wird. Wir fordern ein bayerisches Vergabegesetz.

Anstatt sich auf der Bundesebene immer als Schlaumeier aufzuspielen, soll die Staatsregierung hier in Bayern endlich handeln und die Schmutzkonzurrenz unterbinden.

Wo Tarifbindung gilt, da können wir auch was wuppen, das haben wir bewiesen. Schaut euch z.B. die Tarifrunden der letzten Monate an: In der Stahlindustrie, der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Energiewirtschaft, bei der Eisenbahn und im Öffentlichen Dienst.

Überall haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu beigetragen, dass es in unserem Land etwas gerechter zugeht. Ohne Gewerkschaften, ohne euch würde es das alles nicht geben.

Ihr habt dafür gekämpft. Euch gilt unser großer Respekt. Herzlichen Dank dafür.

Wir wissen aber auch: In manchen Branchen leisten sich die Kapitalisten ein richtig übles Spiel. Schaut euch die Situation bei McDonalds an. Das Verhandlungsangebot der Arbeitgeber: für die unterste Lohngruppe gerade mal 3 Cent über dem gesetzlichen Mindestlohn, das ist nicht einmal ein schlechter Witz, das ist glatte Provokation.

Unsere Solidarität gehört den Kolleginnen und Kollegen der NGG!

===

Anrede,

Wir engagieren uns seit vielen Jahren gegen Rechtsextreme, gegen rechtsradikale Hetzer, gegen ihre Gruppierungen und Parteien.

Warum tun wir als? Haben Gewerkschaften keine anderen Aufgaben?

Der Grund ist ebenso simpel wie logisch: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aller Menschen!

So steht es im Grundgesetz. Dort steht nicht, die Würde des hellhäutigen oder des deutschen Menschen ist unantastbar.

Wir engagieren uns für Demokratie und Vielfalt.

Wir stehen für die demokratische Mehrheit im Land, für Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit.

„Wir sind viele, wir sind eins!“, das ist auch heute, und gerade heute am 1. Mai unsere Kampfansage an alle Feinde der Demokratie.

Ihr werdet unser Land nicht spalten!

Wir wissen. Integration geht! Sie funktioniert seit Jahrzehnten in den Betrieben und Verwaltungen.

In Bayern gibt es Betriebe, in denen Menschen aus über 100 Nationen zusammen arbeiten. Das geht, weil das Betriebsverfassungsgesetz nicht spaltet, sondern eint.

Alle Beschäftigten haben die gleichen Pflichten. Aber eben auch die gleichen Rechte! Und alle sind in den Gewerkschaften zusammengeschlossen, egal ob Christ oder Muslim, hell- oder dunkelhäutig, ob aus Niederbayern oder Nigeria.

Das ist unser Prinzip: Die Einheitsgewerkschaft.

Damit stehen die Gewerkschaften im fundamentalen Widerspruch zu allem Nationalismus und völkischem Unsinn.

Wir werden das nationalistische Denken auch deshalb bekämpfen, weil wir aus der Geschichte wissen, was es für unsere Vorgänger in den Freien Gewerkschaften bedeutet hat, nämlich: Verfolgung, Kerker, Konzentrationslager und Ermordung.

Rechtsextreme gleich welcher Schattierung, sind immer Feinde der Gewerkschaften. Und deshalb stellen wir uns ihnen in den Weg und zeigen klare Kante.

Wir sind stolz auf die Kolleginnen und Kollegen, die sich engagieren. Gerade hier in Passau - seit vielen Jahren schon! Herzlichen Dank dafür!

Vor wenigen Wochen haben wir den 70. Geburtstag des bayerischen Gewerkschaftsbundes gefeiert, die Wiedergründung der Freien Gewerkschaften nach 1945. Unter dem Motto „In der vereinten Kraft muss unsere Stärke liegen“.

Die Einheit ist die Lehre aus der Zersplitterung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik.

Starke Gewerkschaften, die auch in stürmischen Zeiten Garant für Demokratie und Wohlstand der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein können.

Einheitsgewerkschaft, das meint: Religiös neutral und parteipolitisch unabhängig.

Mitglied ist, wer sich zu unseren Werten bekennt, unabhängig von Nationalität, Hautfarbe und Geschlecht.

Eine Gewerkschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Eine geschlossene und einige Gewerkschaftsbewegung.

Das galt früher. Und das gilt heute: Schaffen und bewahren wir die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Nur so sind wir kampfstark und durchsetzungsfähig.

Wir stehen und wir streiten für Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität.

Lasst uns diesen 1. Mai feiern als Tag, an dem wir für soziale Gerechtigkeit und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und Europa kämpfen.

Für einen Kurswechsel in der Rentenpolitik, für gerechte Steuern und für eine Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.

Lasst uns diesen Tag feiern, an dem wir für gute und sichere Arbeit kämpfen, für starke Tarifbindung, gegen Befristung, Minijobs und ungleiche Bezahlung.

Dafür gehen heute in ganz Bayern bei über 100 Veranstaltungen tausende von Menschen mit uns auf die Straße. Uns alle eint die Überzeugung, dass wir dieses Land verändern und soziale gerechter machen können.

Denn: Wir sind viele, wir sind eins!

In diesem Sinne, Glück auf und einen schönen 1. Mai.